

# Schwierige Sanierung der Reichsfinanzen

## Die Beratungen des Kabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Febr. Das Reichskabinett hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der auch die Frage der Bilanzierung des Etats für 1930 und die zu diesem Zwecke bisher mit den Parteien gepfundenen Verhandlungen erörtert wurden. Das Kabinett hat noch keinerlei endgültige Entscheidungen treffen können, da ja die Verhandlungen mit den Regierungsparteien sich noch immer in der Schwebe befinden, wenn auch in einigen Punkten bereits eine Annäherung der gegensätzlichen Auffassungen schon erreicht worden sein mag. So weit ist man bisher jedenfalls noch nicht gekommen. Der einigste Punkt, über den volle Einigkeit bei allen Parteien besteht, ist der, daß eben der Etat für 1930 auf alle Fälle in vollem Umfange gedeckt sein soll. Ueber die Wege, die zu diesem Ziele führen, wird indes der Streit noch einige Zeit weitergehen. Wie das bei allen schwebenden Verhandlungen der Fall zu sein pflegt, so sind auch diesmal wieder

### Gerüchte im Umlauf

die alles mögliche über die Pläne wissen wollen, die von Regierung und Regierungsparteien erwogen werden. Da heißt es, daß unter anderem zur Tilgung der Zehlbeträge aus der Arbeitslosenversicherung auch daran gedacht sei, einen

### Rückschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 10 bis 15 Proz. für ein Jahr, eventuell auch für zwei Jahre

zu erheben, so daß sich jährlich etwa 150 bis 200 Millionen auf einem solchen Wege gewinnen ließen. Es ist einleuchtend, daß im Ernst ein solcher Vorschlag bei sämtlichen bürgerlichen Parteien auf Ablehnung stoßen müßte; denn wenn schon die Steuerentlastungen, die Ende des vergangenen Jahres in Aussicht gestellt wurden, gescheitert sind,

### zu solchen neuen Steuern könnte sich keine der bürgerlichen Parteien bereitfinden.

Es mag sein, daß von Kreisen, die mit der Sozialdemokratie im Zusammenhang stehen und die noch immer der Meinung sind, daß das „Kapital“ noch nicht genug belastet sei, diese oder ähnliche Pläne mangels besserer Vorschläge im internen Kreise erörtert werden; sie ernstlich in die Tat umsetzen zu wollen, wäre natürlich eine Absurdität. Von Seiten der Deutschen Volkspartei wird denn auch kategorisch festgesetzt, daß Mitglieder der Partei an keinerlei Vespörungen teilgenommen haben, in denen etwa derartige sinnlose Maßnahmen zur Erörterung gelangt seien.

Ebenso wenig könnten sich natürlich die bürgerlichen Parteien mit Plänen einverstanden erklären, nach denen

### von dem Gehalt aller Festlohbezieher, soweit sie nicht angestellter Versicherungsbeamten sind, ein Abzug von 1 Prozent erhoben werden soll.

Wie gesagt, handelt es sich aber hier um Gerüchte. Es mag schon sein, daß diese Gerüchte sich mit den Wünschen eines bestimmten Teils der Regierungskoalition identifizieren lassen. Irrendwache Aussichten auf Verwirklichung

von Plänen, die in solcher Richtung sich bewegen, bestehen nicht.

Von den Punkten, um die sich die vom Reichsfinanzminister mit den Parteien bisher gepfundenen Besprechungen drehen, ist zunächst die Festhaltung des durch Steuern zu bedeckenden Betrages von Wichtigkeit. Bekanntlich ist

mit dem Reichsbankpräsidenten Schmidt vereinbart worden, daß die 450 Millionen RM. als Schuldentilgungsbetrag bereitzustellen müssen. In diesen 450 Millionen RM. sollen dann die 154 Millionen Defizit des ordentlichen Etats für 1928 freisetzen.

Die Zehlbeträge aus einem ordentlichen Etat lassen sich ja nur auf die Weise decken, daß sie durch Einstellung in den ordentlichen Etat des nächsten Rechnungsjahres wieder ausgeglichen werden, was naturgemäß entsprechend mehr Mittel für die Deckung dieses Etats voraussetzt.

Die sich so ergebende Summe von 604 Millionen RM. kann durch Steuererhöhungen nicht aufgebracht werden.

Infolgedessen hat sich auf die Vorstellungen des Reichsfinanzministers Dr. Woldenhauer hin der Reichsbankpräsident dazu bewegen lassen, auf der vollständigen Deckung des außerordentlichen Etats durch ordentliche Etatsmittel nicht zu bestehen. Wie es heißt, ist eine Einigung in der Richtung erzielt worden, daß

zunächst lediglich etwa 800 Millionen RM.

des Defizits des außerordentlichen Etats durch ordentliche Stateinnahmen gedeckt werden, wozu dann noch das ordentliche Statedefizit des Jahres 1928/29 in der Höhe von 154 Millionen kommen soll. Darum, ob durch Steuern und Einnahmen der zu bedeckende Gesamtbetrag vermindert werden kann, drehen sich nun noch immer die Erörterungen. Der Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer hat Ausgabensparnisse von etwa 80 Millionen RM. gegenüber dem letzten Etat in Vorschlag gebracht. Das ist, wenn man ihn in Vergleich setzt mit den Summen, für die die Deckung noch nicht da ist, natürlich keine sehr hohe Zahl. Es ist daher auch einleuchtend, daß von Seiten der Regierungsparteien erklärt worden ist,

die einzelnen Reichsressorts müßten dann eben den Rechenstift nochmals zur Hand nehmen, um weitere Abstriche vorzunehmen.

Gedacht ist dabei besonders an den Etat des Reichswehrministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums. Wenn nun bereits behauptet worden ist, daß auf Grund dieser Vorstellungen der Parteiführer die vorgesehene Ausgaben für den Panzerkreuzer B in Wegfall kommen und das Kabinett schon dementsprechende Beschlüsse gefaßt habe, so eilen diese Meldungen erheblich den Tatsachen voraus.

In den Ministerien, in denen nach Meinung der Parteien noch gespart werden könnte, scheint man aber der Meinung zu sein, daß die Ersparnismöglichkeiten schon ausgeschöpft sind, denn der Reichsfinanzminister hat die Parteiführer schon darauf hinweisen müssen, daß die Ressortminister schon schwer genug zur Einwilligung in die bis jetzt geforderten Abstriche von 80 Millionen RM. zu bewegen sind.

Was nun die zur Deckung heranzuziehenden Steuern betrifft, so steht immer noch in erster Linie die

### Erhöhung der Biersteuer und der Zölle für Kaffee und Tee

zur Erwägung. Diese Steuererhöhungen müssen sich aber als unzulänglich erweisen, wenn sich Einsparungen nur in Höhe von 80 Millionen RM. erzielen lassen. Nach Meinung des Reichsfinanzministers bleibt dann nichts weiter übrig, als die schon in Aussicht genommene

### Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent

dann in die Praxis umzusetzen. Es ist nur zu verständlich, daß sich gegen eine solche Erhöhung der Umsatzsteuer starke Bedenken geltend machen, die namentlich von den gewerblichen Kreisen ausgehen.

Nun scheint es, daß man trotz der schwerwiegenden Bedenken, die gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer sprechen, sich doch zu einer solchen Erhöhung entschließen wird, weil sie die Möglichkeit zu einer Einigung mit Bayern bietet.

Eine Erhöhung der Biersteuer durchzuführen, erschien angesichts des Widerstandes der Bayerischen Volkspartei ziemlich aussichtslos. Nun will man einen kleinen tatsächlichen Umweg einschlagen, um es der Bayerischen Volkspartei leichter zu machen, sich mit einer Biersteuererhöhung abzufinden. Man hat der Bayerischen Volkspartei in Aussicht gestellt, daß sie, wenn sie sich mit erhöhter Biersteuer abfinden würde, damit rechnen könnte, daß durch Mehrerwerbungen aus dem Aufkommen an der Umsatzsteuer auch die bayerischen Landesfinanzen eine Hilfe bekommen könnten. Ob allerdings dieses Angebot die Bayerische Volkspartei dazu bewegen wird, die bisher von ihr so scharf beherrschte Biersteuer zu akzeptieren, steht dahin.

Eine andere Frage der Verhandlungen bildet noch immer die Befreiung des Reichs Etats von den an die

### Arbeitslosenversicherung

zu leistenden Mittel. Hier soll, wie auch schon bekannt, versucht werden, Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung unter Umgehung des Reichs Etats möglich zu machen.

### Der Plan der Rottegemeinschaft der sozialen Versicherungsanstalten ist fallen gelassen worden.

Statt dessen hat man vorgeschlagen, daß die Versicherungsanstalten dem Reich Geld gegen Verpfändung oder Verkauf von Eisenbahnvorzugsaktien leihen und daß das Reich die so erhaltenen Mittel an die Arbeitslosenversicherung weiterführt. Aber auch gegen diesen Plan sind Bedenken erhoben worden, die tatsächlich schwerwiegend genug sind, um ernsthaft gewürdigt zu werden. Man wendet nämlich ein, daß auf diesem Wege eine gründliche Reform der Arbeitslosenversicherung auf lange Zeit vertagt würde. Das Reich könnte dann immer wieder um neue Zuschüsse angegangen werden. Der Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer hat, um diese Bedenken zu beschwichtigen, einen

### neuen Vorschlag zur Debatte

gestellt. Er will für den Etat 1930 und den Etat 1931 noch streng begrenzte Zuschußbeträge für die Arbeitslosenversicherung bemitteln.

Von 1932 ab soll dann aber mit der Zuschußwirtschaft für die Arbeitslosenversicherung ein Ende gemacht werden.

Die Arbeitslosenversicherung soll dann dahin selbständig gemacht werden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherungsanstalt selbst die Entscheidung über die Höhe der Beiträge treffen. Man hofft so, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ja zu gleichen Teilen für die Beiträge aufzukommen haben, zu veranlassen, die Arbeitslosenversicherung zweckentsprechend zu reformieren. Für den Reichs Etat würde auf diese Weise der Unsicherheitsfaktor, der jetzt dadurch gegeben ist, daß das Reich immer wieder Zuschüsse leisten muß, verschwinden. Die für 1930 und 1931 noch zu gewährenden Reichszuschüsse sollen durch Darlehen der anderen sozialen Versicherungsträger gegen Sicherheit der Eisenbahnvorzugsaktien finanziert werden.

politischen Bindungen gefällt wird, das hat die unangenehmste Behandlung der Opposition gezeigt. Da stand der deutsche nationale Parteiführer auf der Tribüne und beschwor in bewegten, oft erschütternden Worten das Gaud, einzuhalten auf dem Weg der wissenschaftlichen Verfassung unseres Volkes. Die traurige Tatsache, daß er mit seinen Warnungen so grausam recht befaßt hat in all den Jahren, gab ihm das Recht zu solcher Rede. Und aus ihm sprach der Freiheitswille eines großen Teiles der Nation. Vorurteilslose Beobachter, die nicht in Augenblicke Eager sehen, bezugen, daß seine Rede wirkungsvoll, daß sein Auftreten im parlamentarischen Sinne ein Erfolg war. Mühte da in so schwerer Stunde nicht auch seine Meinung, der Ansicht der nationalen Opposition, die Achtung gezeigt werden, die in jedem andern Parlament, etwa im englischen oder im französischen, selbstverständlich gewesen wäre als ein Gebot politischer Selbstachtung? Nein, der Deutsche Reichstag hat gefaßt darüber, „Lachen und Unruhe links“ heißt es immer wieder in seinem Bericht. Er hatte keine besseren Argumente, er konnte sich nicht anders helfen in seiner Verlegenheit, als mit diesem sinnlosen Gelächter. Und die Presse der Linken tat noch ein übriges, um den Parteiführer der Opposition zu schwächen und zu beschimpfen. Mit Spott und Hohn in allen Tonarten fällt die ganze Meute, von den Demokraten bis zu den Kommunisten, über seine Person her und glaubt, wenn sie diesen verhassten Mann lächerlich macht, auch seine politische Meinung und damit die Meinung von Millionen Deutschen erledigt zu haben. Oder sollte dieses hysterische Gekreische gar nicht echt sein, sollte es vielleicht nur angehtun werden, um die heimlich warnende Stimme in der eigenen Brust zu überhören?

Wie dem auch sei, der Reichstag, als die entscheidende Instanz, hat den Weg, den er in der Tributpolitik gehen will, festgelegt. Er hat den Erwartungen nicht entsprochen, die auf seine Einsicht und auf sein Verantwortungsgefühl gesetzt wurden. Er hat in seiner Mehrheit überhaupt auf jede Anregung und Kritik bei der Tributrechnung verzichtet und sich damit begnügt, zu allem, was die Ministerialbürokratie für gut befunden hat, sein Ja und Amen zu sagen. Dieser Vorwurf trifft die verhasste Dandhabung der demokratischen Grundzüge bei uns ebenso sehr wie die Regierung. Sie hat 18 Monate hindurch mit der Bereitschaft zur Unterwerfung unter das Unmögliche und ohne den geringsten Willen zur Aufhebung verhandelt, während der Reichstag stumm abwartend beiseite stand. Sie hat aber in der gleichen Zeit im Innern den alten Schlandrian geduldet, bis die Finanzpolitik vor dem Zusammenbruch stand. Jetzt tritt sie vor den Reichstag und verlangt mit dem Hinweis auf die leeren Kassen die Annahme schwerer internationaler Lasten. Und dem Reichstag fehlt in dieser Zwangslage der Mut zum ehrlichen Nein. Er bedauert seine Bedenken und findet sich damit ab, das Reich zur Behebung einer augenblicklichen Finanzklemme in das Mißglück eines unersüßbaren und unwiderruflichen Tributplanes zu zwingen.

Ist das wirklich das Ende? Gibt es keinen Ausweg aus dieser Lage? Nach dem Willen der Volksvertretung wohl nicht. Aber es ist bemerkenswert, daß aus der gleichen Sorge heraus die doch sonst der Deutschen Volkspartei sehr nahe stehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ den Reichspräsidenten in die weitere politische Kalkulation einbezieht mit den Worten: „Wir haben keine Hoffnung mehr, daß das Parlament den Mut zur Ablehnung der Youngangelegenheiten könnte. Was den Herrn Reichspräsidenten betrifft, so vertragen wir, daß seine Entschlüsse über Youngplan und nächste Zukunft ihn vor der Geschichte neuerdings als Vater des Vaterlandes betätigen mögen.“

# Sparvorschläge des Reichsrates

Berlin, 13. Febr. Der Reichsrat behandelte in seiner Vollversammlung am Donnerstag den Nachtragshaushalt für 1929. Der Berichterstatter der Ausschüsse, Ministerialdirektor Dr. Dreht, wies darauf hin, daß etwa

ein Viertel der Ausgabenerhöhungen, die der Reichstag an dem Vorschlag für 1929 vorgenommen hatte, jetzt im Nachtragshaushalt nachgeholt werden müsse.

Besonders gefährlicher als diese Ueberbrennung einer an sich berechtigten Maßnahme sei die Streichung der von der Regierung geforderten neuen Steuern und die Ueberbrennung der alten Abgaben gewesen. Nach dem jetzt vorliegenden Nachtrag bleiben die Einnahmen um 80 Millionen hinter dem Vorschlag zurück, die Ausgaben erhöhen sich um 511 Millionen. Dieser Gesamtverschlechterung um 871 Millionen steht eine Entlastung durch das Haager Abkommen von 508 Millionen gegenüber, so daß nach der Regierungsvorlage

ein ungedeckter Betrag von 278 Millionen verbleibt.

Er stand zunächst im außerordentlichen Haushalts. Auf einstimmige Anregung der Reichsratsausschüsse hat jedoch die Reichsregierung zugestimmt, daß die 222,5 Millionen für Arbeitslosenversicherung auf den ordentlichen Haushalt übertragen werden, weil es sich wirtschaftlich nicht mehr um bloße Darlehen handelt, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, Anleihen als Deckung zu erhalten.

### Das Sparprogramm der Ausschüsse

des Reichsrats sieht vor: Schnelle Auflösung der Verwaltung für die besetzten Gebiete und des Reichsentwicklungsamts, Vereinfachung der Abgabengesetzgebung und Verwaltung, Einschränkung weiterer Rentenerhöhungen für Kriegs-

beschädigte in den letzten Fällen, Uebertragung der Bauverwaltung und des Reichswasserlaufes an die Länder, Vereinfachung der Justiz, Festlegung eines Sparprogramms für Heer und Marine, Sanierung der Arbeitslosenversicherung ohne Einschränkung der Leistungen, Vereinfachung des sozialen Verwaltungsapparates nach den Vorschlägen der Länderkonferenz und vorübergehende Beurlaubung von Beamten auslaufender Behörden.

### Bei Berücksichtigung aller Forderungen ergibt sich ein Zehlbetrag von 237 Millionen im ordentlichen Haushalt,

der vorläufig aus kurzfristigen Krediten gedeckt werden muß. Die Ausschüsse empfehlen Entschleunigungen, in denen die Reichsregierung erlucht wird, die Beschlüsse zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung möglichst zu beschleunigen, die notwendig werdenden neuen Steuern möglichst schnell in Kraft zu setzen, ein Sparprogramm auf längere Zeit aufzustellen, für falsche finanzielle Schätzungen künftig die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen und schließlich bei der Subventionierung der Luftfahrtindustrie den freien Wettbewerb nicht zu unterbinden.

Beim Haushalt des Wirtschaftsministeriums wird mit 40 gegen 20 Stimmen ein Antrag Berlins abgelehnt, der Wesselschellen nicht nur für Leipzig, sondern auch für Berlin, Breslau, Rbin und Rönigsberg fordert.

Darüber beantragt Berlin, auch die Wesselschellen von 400 000 Mark für Leipzig zu streichen. Dieser Streichungsantrag wird mit 37 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Dafür wurden die preussischen Stimmen und die von Mecklenburg-Strelitz und Hamburg abgegeben.

# Zur Gesundung der Wirtschaftslage

## Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Reichswirtschaftsminister

Berlin, 13. Febr. Unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt fand unter Mitbeteiligung des Reichsarbeitsministeriums heute eine Besprechung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft über die wirtschaftliche Lage statt.

### Reichsminister Schmidt

führte einleitend aus, daß bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage es für ihn außerordentlich wertvoll sei, im Gedankenaustausch mit den Vertretern der Wirtschaft alle Möglichkeiten zu besprechen, die geeignet seien, Deutschland aus der schweren Krise herauszuführen.

In eingehender Besprechung wurde von den Gewerkschaften

aller Richtungen übereinstimmend vorgeschlagen, Auslandskapital zur Ankurbelung der Wirtschaft heranzuziehen, um die bestehenden Demurrungen zu beseitigen und auf diesem Wege den Baumarkt zu beleben, der zur Zeit bei 2 Millionen Beschäftigten und 80 % Arbeitslosigkeit das größte Kontingent an Arbeitslosen stellt. Ferner müsse man in verstärktem Umfange durch Auftragserteilung der öffentlichen Hand für Beschäftigung sorgen. Die privaten und sozialen Versicherungen müßten alle verfügbaren Mittel zur Erhaltung von Hypotheken bereitstellen. Die für Eisenbahn und Post aus der internationalen Anleihe demnächst zu erwartenden 400 Millionen sollten möglichst bald der Industrie zugeführt werden. Eine Arbeitsvermittlung sei keine geeignet, um die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen.

### Von Seiten der Arbeitgeber

aus Industrie, Handel- und Bankkreisen wurde davor gewarnt, der Wirtschaft Fesseln anzulegen, die letztlich immer

wieder zu Krisen führen müßten. Wichtig sei die Förderung der inneren Kapitalbildung, die aber im wesentlichen sich aus Betriebsüberschüssen ergeben müsse. Auslandsanleihen seien vornehmlich in der Form von Kapitalbeteiligungen heranzuziehen. Arbeitsvermittlung würde letzten Endes zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen, da sie rationelle Betriebsführung nicht ermöglichte. Eine Verbreiterung der Exportbasis würde im Zuge der bisherigen Ausfuhrentwicklung eine Hebung des Beschäftigungsgrades bringen.

### Ein fester Zinsfuß, Wegfall der Zinspanne gegenüber dem Ausland, freie Verfügbarkeit der Kapitalien wären die besten Antriebe der Wirtschaft.

Auf Wunsch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sagte Reichsminister Schmidt eine Fortsetzung der Aussprache zu, die im Laufe der nächsten Wochen im kleineren Kreise stattfinden wird.

### Entlastung des deutschen Roggenmarktes

Berlin, 13. Febr. Nach Informationen aus parlamentarischen Kreisen hat das Reichskabinett heute dem Vorschlag des Reichsernährungsministers Dietrich zugestimmt, 20 Millionen Mark für die Magaziniierung von Roggen bereitzustellen. Es handelt sich dabei um eine Notmaßnahme für die Landwirtschaft, durch die der Roggenpreis gestützt wird.